

# BERICHT AUS BERLIN

## von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 035 | 23.6.2023

## Die Ampel und der Parlamentarismus

### Zudem: Standort Deutschland in Gefahr – endlich Wachstum stärken!

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

in dieser Woche gab es mehrere Ereignisse, die so in der bisherigen Parlamentsgeschichte **einmalig** sind und bei denen das Verständnis der Ampel-Koalition von Demokratie und Parlamentarismus ernsthaft hinterfragt werden muss.

Erstmalig hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit einer Eilentscheidung in den Gesetzgebungsprozess eingegriffen und die Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) am heutigen Freitag untersagt. Damit gab es dem Antrag meines CDU-Kollegen Thomas Heilmann statt, der seine – und unser alle! – grundgesetzlich garantierten Rechte als Abgeordnete auf gründliche Beratung von so komplexen Gesetzentwürfen verletzt sah.

Denn mit den am letzten Freitag zugeleiteten 111 Seiten an Änderungsanträgen liegt faktisch ein neues Gesetz vor, welches mit dem ursprünglichen Gesetzentwurf von Minister Habeck kaum noch etwas zu tun hat. Es ist tatsächlich unmöglich, die Fülle an neuen Informationen innerhalb einer Woche a) zu lesen, b) zu beraten und c) ggf. zu verbessern. Die Sachverständigen der Anhörung am Montag hatten gerade einmal ein Wochenende Zeit, sich vorzubereiten.

Wie gravierend die Ampel bereits in der Vergangenheit die Mitwirkungsrechte des Parlaments ignoriert und marginalisiert hat, zeigt beispielhaft ein Schreiben von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) an Bundeskanzler und Koalitionsspitzen. Darin warnt sie mit ernstesten Worten sogar vor Schaden für die Demokratie durch zu viele Eilverfahren: „Trotz der regelmäßig erfolgten Zusicherungen der Vertreterinnen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen lässt eine in dem gebotenen Maße erforderliche Rückkehr zu ordentlichen Abläufen auf sich warten“, rügt Bas in ihrem Ampel-Brief.

Sie bat die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen „sehr eindringlich, auf die bewährten Verfahren zu achten und Eilverfahren auf das unbedingt notwendige Minimum zu beschränken.“ – leider blieb diese Mahnung ungehört!

Ein anderer Vorgang wird erst noch vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden müssen: Die Weigerung der Ampel, den von uns beantragten **Untersuchungsausschuss** zum Komplex „Warburg/Cum-Ex“ einzusetzen. Auch diese Weigerung ist in der Geschichte des Deutschen Bundestages erst- und einmalig!

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschuss ist ein klassisches Minderheitenrecht und wird nicht ohne Grund als „schärfstes Schwert“ der Opposition bezeichnet.



Dieses ebenfalls grundgesetzlich garantierte Recht auf kaltem Wege mit fadenscheinigen Argumenten und der Ampel-Mehrheit im Geschäftsordnungsausschuss auszuhebeln, zeigt, wie dünn das Nervenkostüm in dieser Koalition inzwischen ist. Selbstverständlich stellt sich auch die Frage, was der ehemalige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz zu verbergen hat, wenn er dieses Ausschuss zu fürchten scheint. Denn eines ist sicher: Das Agieren der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters, späteren Bundesfinanzministers und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz in der Steueraffäre um die M.M.Warburg & CO Bank wirft schwerwiegende Fragen und Widersprüche auf.

Es ist meine große Hoffnung, daß das Bundesverfassungsgericht auch diesen Anschlag der Ampel auf zentrale Minderheitenrechte unterbinden wird!

Aktuelle Stunde:

**Standort Deutschland in Gefahr: endlich Wachstum stärken und Preissteigerung wirksam bekämpfen**

Deutschland befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten beiden Quartalen zurückgegangen.

Die Indikatoren für die weitere Entwicklung sind ebenfalls negativ. Das Ifo-Geschäftsklima ist gesunken auf den niedrigsten Stand seit November 2022. Im ersten Halbjahr 2023 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stark gestiegen.

Die Konjunkturprognosen erwarten für das Jahr 2023 eine sinkende Wirtschaftsleistung. Auch im internationalen Vergleich fällt Deutschland zurück. In allen vergleichbaren Staaten ist die wirtschaftliche Entwicklung – zum Teil deutlich – besser. Die OECD prognostiziert unter den großen Volkswirtschaften nur für Russland eine schwächere Entwicklung. Das Wachstum in Deutschland gehört zum letzten Drittel der Eurozone. Im Jahr 2022 sind aus Deutschland 135 Milliarden Euro Kapital abgeflossen, aber nur 10 Milliarden Euro sind aus dem Ausland in Deutschland investiert worden. Dieser Kapitalabfluss ist der höchste seit 20 Jahren, der Abstand zu den Auslandsinvestitionen in Deutschland ebenfalls der höchste seit zwei Jahrzehnten. Die Inflation in Deutschland bleibt weiter hoch und stieg im Juni auf 6,4 %, während sie in der Eurozone sank.

All das zeigt beispielhaft:

Die Politik der Ampel-Regierung gefährdet den Wohlstand der Volkswirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger. Die steigende Zahl der Insolvenzen, die nachlassende Investitionstätigkeit in den Standort Deutschland und die hohe Inflation zeigen:



Es braucht jetzt eine Wirtschaftspolitik, die nah am Menschen

und nicht nah an einer politischen Ideologie ist. Sonst verliert Deutschland weiter den Anschluss und ist auf dem Weg, wieder der „kranke Mann Europas“ zu werden!

Aber ein beachtlicher Teil der Bundesregierung will „Wachstum“ gar nicht mehr. „Degrowth“ ist vor allem bei den Grünen nun eine vermeintlich erfolgversprechende Maßnahme zum Klimaschutz. So kann Deutschland weder seinen Wohlstand erhalten noch die Klimaziele erreichen.

CDU und CSU haben im Gegensatz zur Ampel einen konkreten Plan: Mit unserer [Agenda für Deutschland](#) zeigen wir auf, wie jetzt Wachstum geschaffen und Wohlstand erhalten werden kann. Die Wettbewerbsbedingungen in Deutschland müssen einen Quantensprung nach vorne machen. Die Rahmenbedingungen müssen günstiger und Belastungen vermieden werden. Wichtige Elemente dabei sind: wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, eine spürbare Entlastung der Mittelschicht, sichere und bezahlbare Energie, Belastungsmoratorium für Bürger und Unternehmen, ein seinen Namen verdienendes Bürokratieentlastungsgesetz sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Link zur Aktuellen Stunde: [KLICK](#)

In dieser Woche diskutierten wir die [Antwort der Bundesregierung](#) auf unsere Große Anfrage

## **Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb**

Deutschland verliert nach einer aktuellen Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Wettbewerb mit 20 anderen führenden Wirtschaftsnationen weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Bisher konnte die Bundesregierung weder ein schlüssiges Konzept zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb vorlegen, noch geeignete Maßnahmen dazu umsetzen.

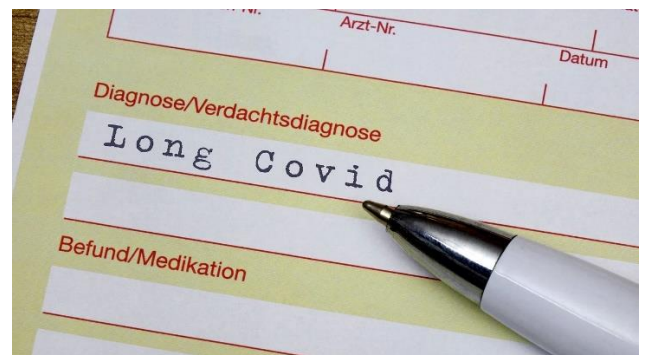
Da verwundert es nicht, dass laut der ZEW-Studie Deutschland der große Verlierer im Standortwettbewerb sei. Grund dafür seien laut ZEW zu viel Bürokratie, die hohe Steuerlast, sinkende Innovationsbereitschaft, hohe Energiekosten und der Arbeitskräftemangel. Deutschland könne, so das ZEW, mit Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien kaum noch mithalten: „Während andere Staaten in Infrastruktur investieren oder ihr Steuersystem reformieren, kommt Deutschland nicht voran.“

## **Long Covid**

Allein in Deutschland leiden mindestens eine Million Menschen unter den teilweise sehr belastenden Folgen einer COVID-Infektion. Die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom ist in Deutschland bislang unzureichend. Vor allem die Betroffenen haben den Anspruch, möglichst viel über Ursache, Folgen und Behandlungsmöglichkeiten von Long COVID zu erfahren. Wir haben uns diesen Fragen in zwei Anträgen angenommen, die wir in dieser Woche abschließend beraten haben:

## **Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland stärken und**

## **ME/CFS-Betroffenen sowie deren Angehörigen helfen – Für eine bessere Gesundheits- sowie Therapieversorgung, Aufklärung und Anerkennung**



Mit unseren Anträgen forderten wir die Bundesregierung auf, diese Forschung im Rahmen einer koordinierten Projektförderung erheblich auszubauen. Zusätzlich muss die Bundesregierung eine langfristig und breit angelegte Forschungsstrategie gegen Long COVID unter gemeinsamer Federführung des Bundesforschungs- und des Bundesgesundheitsministeriums nach dem Vorbild der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ aufsetzen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommen.

Ampel 🚦 : **abgelehnt**

## Bild der Woche



Die berühmte „Stallwächter-Party“ in der Landesvertretung Baden-Württemberg ist ohne das THW aus dem Ländle kaum vorstellbar: das THW ist für den Aufbau verantwortlich. Mit dabei auch zwei Backnanger: links Herr **Fabian Menhorn** (THW OV Backnang), rechts Herr **Steffen Hoffmann** (stellv. Landessprecher THW BaWü, ebenfalls OV Backnang).

## Video der Woche



Im heutigen Video der Woche habe ich direkt die Chance genutzt, mich mit Steffen Hoffmann über das Thema „Ehrenamt“ ausgetauscht. [KLICK](#)

## Zitat der Woche

«Wovor hat Bundeskanzler Olaf Scholz eigentlich Angst? Warum hat er die Hosen gestrichen voll? Was hat er zu verbergen? Es wäre doch ein Leichtes, sich dem Untersuchungsausschuss zu stellen.

Er hat sich am Wochenende im Sommerinterview mit John Wayne verglichen und gesagt: Ich bin halt nicht wie John Wayne. – Es wäre gut, wenn er wie John Wayne in den Rollen, die er verkörpert hat, wäre. Der war mutig, der war ehrlich, der ist keiner Herausforderung ausgewichen. Der Kanzler zieht den Schwanz ein, er stellt sich nicht einem solchen Untersuchungsausschuss. Wenn er nichts zu befürchten hätte, würde er das tun.

Wir wollen die Wahrheit wissen, und wir werden das aufklären.»

Der Kollege **Patrick Schnieder** MdB am Mittwoch in der Debatte zur Einsetzung des Warburg/Cum-Ex-Untersuchungsausschusses

*Ihnen allen eine erholsame, erkenntnisreiche, spannende Sommerpause.*

*Der nächste „Bericht aus Berlin“ erscheint am 8. September 2023, wenn keine Sondersitzung dazwischen kommt.*

## Haushalt 2024 und Finanzplan bis 2027

### **Analyse:**

Die Ampel hat am Mittwoch im Kabinett den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (BHH) und Finanzplan des Bundes bis 2027 (Fpl.) beschlossen.

Die Einnahmen und Ausgaben des BHH 2024 summieren sich jeweils auf 445,7 Mrd. Euro, wobei eine Nettokreditaufnahme von knapp 16,6 Mrd. Euro vorgesehen ist. Damit wird die zulässige Schuldenobergrenze vollständig ausgeschöpft. Haushaltsentlastend wirken 2024 Einnahmeverchiebungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und zusätzliche Mittel aus dem Programm REPowerEU. Die Entnahme aus der Rücklage sinkt auf 1,4 Mrd. Euro statt der ursprünglich geplanten 7,7 Mrd. Euro. Der Rest in Höhe von 6,4 Mrd. Euro wird nun für 2025 eingeplant.

**Größter Ausgabenblock 2024** ist und bleibt der Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung mit 117,2 Mrd. Euro. Überhaupt ist der disponible Spielraum gering. Die Investitionen belaufen sich 2024 auf 54,2 Mrd. Euro. Zum Vergleich dieser Größenordnung: Die Zinsausgaben 2024 werden mit 36,8 Mrd. Euro ausgewiesen! Der „Sparbetrag“ 2024 und 2025 soll sich jeweils auf 3,5 Mrd. Euro belaufen. Nach Angaben der Ampel soll 2024 erstmals die zugesagten 2 %-NATO-Quote erreicht werden. Hierzu soll vor allem der Verteidigungsetat bei 51,8 Mrd. Euro liegen und rund 19,2 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr in Anspruch genommen werden.

Zur Umsetzung der mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf einhergehenden gesetzlichen Änderungen, wozu auch die Kürzungen beim Elterngeld zählen, soll bis zum 16. August 2023 im Kabinett der Entwurf eines Haushaltsfinanzierungsgesetzes beschlossen werden.

Über den Finanzplan bis 2027 (Fpl. bis 2027) steigen Einnahmen und Ausgaben auf 467,2 Mrd. Euro. Die Nettokreditaufnahme liegt in den Jahren 2025-2027 zwischen 16 und 15 Mrd. Euro. Darüber hinaus bleibt für die Jahre 2025-2027 ein Handlungsbedarf von 14,4 Mrd. Euro (2025: 5,2 Mrd. Euro, 2026: 4,4 Mrd. Euro und 2027: 4,8 Mrd. Euro).

Bis 2027 soll der Anteil der Sozialausgaben im Bundeshaushalt Bundes auf über 52 % steigen.

### **Meine Meinung:**

BHH 2024 und Fpl. bis 2027 sind bestenfalls auf „Kante genäht“: Die nach Schuldenbremse erlaubte Nettokreditaufnahme 2024 wird nämlich vollständig ausgereizt. Zusätzliche finanzielle Spielräume für die Wünsche der Ampel-Koalition sollen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre und Generationen durch die Auflösung des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ oder Kürzungen beim Elterngeld realisiert werden. Die geringeren Zuschüsse für die Gesetzliche Krankenversicherung, die Gesetzliche Pflegeversicherung und die Gesetzliche Rentenversicherung („zusätzlicher Bundeszuschuss“) werden wohl zu Beitragserhöhungen für die Versicherten führen. Ebenso unwahrscheinlich ist, dass das 2 %-NATO-Ziel erreicht werden wird. Die Ankündigung des Bundeskanzlers in seiner „Zeitenwende-Rede“ vom 27. Februar 2022, ab sofort 2 % für Verteidigung auszugeben und zusätzlich ein Sondervermögen für die Bundeswehr einzurichten, wird von der Realität des Bundeshaushalts aufgekündigt. Unklar bleibt auch, wie die angekündigten Personalaufstockungen finanziert werden sollen.

## Wesentliche Kennziffern der Haushaltsplanung

in Milliarden Euro

	Ist 2022	Soll 2023	Regierungsentwurf 2024	2025	Finanzplan 2026 2027	
<b>Ausgaben</b>	<b>481,3</b>	<b>476,3</b>	<b>445,7</b>	<b>451,8</b>	<b>460,3</b>	<b>467,2</b>
davon: Investitionen	46,2	71,5 <sup>1)</sup>	54,2	60,2	59,1	57,2
<b>Einnahmen</b>	<b>481,3</b>	<b>476,3</b>	<b>445,7</b>	<b>451,8</b>	<b>460,3</b>	<b>467,2</b>
davon: Steuereinnahmen	337,2	358,1	375,3	394,6	409,1	421,3
Rücklage (Stand Ende 2022: rund 48,2 Mrd. Euro)	-	40,5	1,4	6,4	-	-
<b>Neuverschuldung</b>	<b>115,4</b>	<b>45,6 <sup>1)</sup></b>	<b>16,6</b>	<b>16,0</b>	<b>15,4</b>	<b>15,0</b>

1) Die Angaben beinhalten NKA-wirksame, aber als finanzielle Transaktionen schuldenregelneutrale Darlehen an das Generationenkapital i.H.v. 10 Mrd. Euro, an den RST-Trust des IWF i.H.v. 6,3 Mrd. Euro sowie an den Gesundheitsfonds der GKV i.H.v. 1 Mrd. Euro (haushaltsrechtlich als Investitionen zu verbuchen).

© Bundesministerium der Finanzen

Von der im Koalitionsvertrag angekündigten Übernahme höherer Kranken-versicherungskosten für Bürgergeldbezieher fehlt jede Spur. Für das Projekt „Kindergrundsicherung“ werden im BHH 2024 lediglich Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro für Digitalisierung und ab 2025 eine jährliche Vorsorge von 2 Mrd. Euro eingestellt. Für die Ideen von Bundesministerin Paus dürfte dies vorn und hinten nicht reichen.

Trotz der Ankündigung, dass alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt und klare Prioritäten gesetzt wurden, ist der BHH wenig ambitioniert. Auch die Ankündigung eines Subventionsabbaus wird lediglich abstrakt erwähnt, konkrete Maßnahmen sind nicht vorgesehen. Letztlich zeigen die vorliegenden Haushaltsplanungen angesichts der Rekordsteuereinnahmen klar, dass der deutsche Fiskus kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist mehr „Schein als Sein“. Haushaltslöcher werden zu Lasten künftiger Jahre kurzfristig gestopft. Von einer klaren Prioritätensetzung oder Reformwillen fehlt jede Spur. Das zeigt sich auch an der Ankündigung, die erfolgreiche familienpolitische Leistung „Elterngeld“ einzudampfen.

Die wochenlang öffentlich heftig durch die Ampel diskutierten Einsparungen erreichen über alle Ressorts – mit Ausnahme des Bundesverteidigungsministeriums – gerade einmal ein Volumen von 3,5 Mrd. Euro und damit lediglich knapp 1 % des Haushaltsvolumens. Die Ampel hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Doch statt dieses gezielt anzugehen, laviert sie sich auf Kosten der Steuerzahler durch. Mit einem Streit um geringe Sparbeträge und inhaltsleeren Ankündigungen eines Subventionsabbaus macht die Ampel sich unglaubwürdig.

Inwieweit sich die Versprechungen der Ampel wie die Erreichung des 2 %-NATO-Ziels mit diesem Haushalt und der damit zusammenhängenden Finanzplanung tatsächlich erreichen lassen, ist völlig offen. Eine echte und notwendige Neuausrichtung des Haushalts unter dem Leitmotiv „Zeitenwende“ ist jedenfalls nicht zu erkennen.